

Postulat BDP; "Ein Asylzentrum für Lyss ist genug"; Stellungnahme

Ausgangslage / Vorgeschichte

Die Fraktion BDP reichte an der Sitzung vom 27.06.2016 folgenden Postulatswortlaut ein:
Der Lysser GR wird vom GGR beauftragt bei den zuständigen Gremien von Bund und Kanton folgende Anliegen darzulegen, zu manifestieren und unter Mithilfe ein gemeinsames Erarbeiten vorzuschlagen:

- Ausbau des bestehenden Asylzentrums „Kappelen“ (Grenzstrasse, Lyss) als Kantonales- und Bundeszentrum vorschlagen. Damit können Synergien genutzt werden, wie z.B. gemeinsame Eingangskontrollen, usw.
- Auf keinen Fall darf man der Lysser Bevölkerung ein zweites Asylzentrum in so kurzer Distanz zumuten, noch dazu in unmittelbarer Nachbarschaft zum Dorfkern
- Mit der Gemeinde Lyss sollen Nutzungsänderungen des Waffenplatzes rechtzeitig und korrekt mitgeteilt werden, da das Gelände in unmittelbarer Nähe zum Dorfkern ist
- Die Gemeinde Lyss hat ein Recht an der Organisation der Asylunterkünfte aktiv mitzuwirken.

Das Ziel ist, gemeinsam mit der Lysser Bevölkerung, wie auch Bund und Kanton eine verträgliche Lösung zu finden und anzugehen. Niemand will Asylanten diskriminieren, aber die Lysser Bevölkerung hat auch ein Anrecht auf faire Behandlung und kein Diktat von oben.



Rechtliche Grundlagen

Gemäss Art. 41 der Gemeindeordnung (GO) kann mittels Postulat verlangt werden, dass der GR ein bestimmtes Geschäft aus dem Zuständigkeitsbereich der Stimmberechtigten, des GGR oder des GR prüft.

Im vorliegenden Fall geht es um den allgemeinen Führungsauftrag des GR gemäss Art. 52 der GO. Ein Postulat ist somit zu diesen Themen möglich.

Beurteilung durch den GR

Um bereit zu sein für teilweise grosse Massen an Gesuchen von Asylsuchenden versucht der Bund mit sogenannten Verfahrens- und Ausschaffungszentren die Asylverfahren so rasch wie möglich durchzuführen. Ziel ist, denjenigen Personen, welche keine Chance auf Asyl haben, diesen Bescheid rasch zu eröffnen und anschliessend die geordnete Ausreise aus der Schweiz umgehend umzusetzen. Diejenigen Personen, welche Asyl erhalten, sollen rasch erkannt und dann in die individuellen Gemeindestrukturen gebracht werden.

In der Schweiz werden voraussichtlich 6 sogenannte Verfahrenszentren und rund 10 Ausreisezentren geschaffen. Der Kanton Bern wird sicher 1 Verfahrenszentrum und sicher mindestens 1 Ausreisezentrum beherbergen müssen.

Lyss wird seit längerem von Vertretern des Staatssekretariats für Migration (SEM, Bund) und der Polizei- und Militärdirektion (POM) über die Absichten und teilweise auch Abklärungen betreffend Zentrumssuche informiert.

Situation Durchgangszentrum

Das Durchgangszentrum liegt auf dem Gemeindegebiet von Kappelen aber aufgrund der geografischen Gegebenheiten, ist es ausschliesslich die Gemeinde Lyss, welche die Auswirkungen trägt. Die Personen aus dem Zentrum bewegen sich durch das Lysser Gemeindegebiet zu den Einkaufsmöglichkeiten, Freizeitanlagen und zum Bahnhof. Lyss hat mit dem bisherigen Durchgangszentrum mehrheitlich gute Erfahrungen gemacht. Tauchten Probleme auf, war der Kanton rasch da, um zu helfen und mit pragmatischen Lösungsansätzen Abhilfe zu schaffen. Dennoch ist das Durchgangszentrum direkt an der Gemeindegrenze eine Belastung für Lyss, da Themen wie Sicherheit, Schule oder Soziale Integration zu klären und an regelmässigen Austauschen mit den Zentrumsbetreibern zu koordinieren sind.

Dieses Zentrum wird gemäss Absichten den Bundes in den nächsten Monaten und Jahren in das Eigentum des Bundes übergehen und zu einem Bundeszentrum, voraussichtlich Ausreisezentrum mit rund 300 Plätzen ausgebaut.

Situation Waffenplatz / Kaserne

Fakt ist, das Gelände Waffenplatz und Kaserne Lyss befindet sich im Eigentum des Bundes. Der Bund ist verpflichtet, wenn die Anlagen nicht mehr militärisch genutzt werden, diese zuerst bundesintern zur Verfügung zu stellen, danach kommen Kanton und später noch die Gemeinden, welche Ideen und Ansprüche an dieses Terrain stellen können.

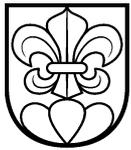
Das SEM hat bereits Interesse am Terrain des Waffenplatzes bekundet. Dieses Interesse wird voraussichtlich im Sachplan Asyl, welcher diesen Herbst aufgelegt werden soll manifestiert. In Gesprächen mit verschiedenen armeenahen Personen war bisher immer die Rede, dass der Waffenplatz auf 2025-2027 geschlossen wird.

In der Zwischenzeit wurde vom Bund auf Simap (offizielle Ausschreibungsplattform öffentlicher Aufträge) die Projektierung ausgeschrieben, welche die Realisierung der Bauten vorsieht, um den Waffenplatz Lyss nach Thun zügeln zu können. Die Ausschreibungsstelle geht von Baukosten von rund Fr. 60 Mio. aus und hat die Inbetriebnahme der neuen Gebäude in Thun auf 2022 vorgesehen.

Der Bund besitzt grundsätzlich auf seinen Terrains die Planungshoheit und mit der jüngst von den Stimmberechtigten verabschiedeten Asylgesetzgebung hat sich der Bund zusätzliche Kompetenzen geschaffen, um die notwendigen Unterkünfte durchsetzen zu können.

Die Gemeinden geniessen in diesem Zusammenhang höchstens ein Anhörungsrecht.

Gesamtbeurteilung



Für den GR Lyss ist grundsätzlich klar, dass im Zusammenhang mit den Restrukturierungen in der Armee auch Veränderungen in den Bedürfnissen an die Waffenplätze und Kasernen erfolgt. Dass der Waffenplatz Lyss dereinst geschlossen werden soll, wird seitens der Gemeinde Lyss bedauert, hat doch der Austausch die Zusammenarbeit und der gegenseitige Nutzen von Armee und Gemeinde immer gut funktioniert. Gerade in Krisensituationen, wie bei den Hochwassern 2007 zeigte sich wie rasch und effizient sich Armee und Gemeinde gegenseitig unterstützen konnten.

Zudem kann der GR nicht begreifen, dass zuerst Fr. 60 Mio. an Steuergeldern in Thun investiert werden müssen, um den bestens funktionierenden Waffenplatz mit bester Infrastruktur in Lyss aufzugeben und die gesamten Truppen nach Thun zu verlegen. Ob sich angesichts dieser Kosten die Zentralisierung lohnt hegt der GR Lyss grösste Zweifel.

Auch wenn für das Bundesasylzentrum auf dem Waffenplatz eine Infrastruktur vorhanden ist, müssten für die Realisierung des Bundesasylzentrums weitere Gelder in das Waffenplatzareal Lyss investiert werden.

Die Pläne dort ein zweites Asylzentrum zu erstellen hätten zur Konsequenz, dass der Ortskern von Lyss gleich von zwei Asylzentren umgeben wäre.

Für den Lysser GR ist dies eine Lösung, welche er ganz klar ablehnt und seitens Bund und Kanton nicht weiterverfolgt werden darf.

Weiter ist die Gemeinde Lyss überhaupt nicht damit einverstanden, dass der Kanton beabsichtigt, in Lyss ein grosses Bundesasylzentrum (mit Verfahrens- und Ausreisezentrum) zu realisieren. Lyss würde damit die Zentrumsbelastung für den gesamten Kanton bzw. schweizweit gesehen für das gesamte Mittelland übernehmen.

Es ist sowohl anderen Regionen im Kanton als auch anderen Gemeinden zumutbar einen Teil dieser Last zu übernehmen.

Das Postulat der BDP ist somit ein wichtiges Element, welches auch die Haltung des Parlaments und damit auch der dahinterstehenden Bevölkerung aufzeigt.

Aus diesem Grund sollte das Postulat durch das Parlament erheblich erklärt werden.

Eintreten

Keine Eintretensdebatte.

Erwägungen

Marti Markus, BDP: Die Fraktion BDP bedankt sich für die Erarbeitung der vorliegenden Unterlagen. Der Fraktion BDP ist es wichtig zu manifestieren, dass die Gemeinde Lyss beim bestehenden Standort bereit ist zu helfen, damit das bestehende Asylzentrum gut funktioniert. Jedoch auch, dass die Lysser Bevölkerung nicht zwei Asylzentren toleriert. Es ist zu hoffen, dass es soweit kommt, dass Personen ohne Chance auf Asyl einen raschen Entscheid erhalten, und dadurch die Konzentration den effektiven Flüchtlingen gilt. Die Fraktion BDP bedankt sich für das vorliegende Geschäft und begrüsst die Erheblicherklärung des Postulats.

Hayoz Kathrin, FDP: Das Postulat der Fraktion BDP unterstützt jene Punkte, welche auch Hegg Andreas, GP, vertritt. Die Gemeinde Lyss will Hand bieten, damit ein Asylzentrum richtig betrieben werden kann und übernimmt damit auch eine wichtige Rolle im Asylbereich für den Kanton Bern. Der GP Hegg Andreas und der GR Nobs Stefan, setzen sich für eine gute Zusammenarbeit mit dem bestehenden Zentrum ein, obschon dies auf dem Gemeindegebiet Kappelen liegt. Die Last trägt mehrheitlich schon seit Jahren die Gemeinde Lyss. Die Gemeinde Lyss steht zum bestehenden Zentrum, auch dann, wenn dies wie vorgesehen, vergrössert und zu einem Bundeszentrum ausgebaut wird. Die Fraktion FDP/glp ist aber nicht bereit, zwei Zentren in der Gemeinde Lyss zu beherbergen und die gesamte Last für den Kanton Bern zu tragen. Aus diesem Grund lehnt die Fraktion FDP/glp ein zusätzliches Asylzentrum im jetzigen Kasernenareal ab. Ein Asylzentrum auf dem Gemeindegebiet Lyss reicht. Aus diesem Grund unterstützt die Fraktion FDP/glp das Postulat der Fraktion BDP, sowie dieses als erheblich erklären.

Meister Katrin, SP: Die Fraktion SP/Grüne hat Mühe mit diesem Postulat. Der Fraktion SP/Grüne scheint verhandlungsstrategisch ein falscher Ansatz gewählt, wenn ein Bundesasylzentrum auf dem Kasernenareal schon zum jetzigen Zeitpunkt kategorisch ausgeschlossen wird. Wie dem Geschäft zu entnehmen ist, hat die Gemeinde Lyss betreffend Weiternutzung des Kasernenareals schlussendlich nur ein Anhörungsrecht. Sie hat in diesen Verhandlungen also von vorneherein schlechte Karten. Wenn die Gemeinde Lyss diese bereits heute offen auf den Tisch legt und ja eigentlich wegschmeissen will, ist das ein schlechter Poker, der nur das Blatt des Kantons und des Bundes stärkt. Der Waffenplatz Lyss soll erst mittelfristig, frühestens aber in sechs Jahren geschlossen werden. Bis dahin bleibt noch Zeit, eine für alle Beteiligten gute Lösung zu finden. Die Fraktion SP/Grüne könnte sich zum Beispiel durchaus auch vorstellen, das heutige Durchgangszentrum zu schliessen und ins Kasernenareal zu verlegen. Wenn die Gemeinde Lyss mit der Erheblicherklärung dieses Postulats dem Bund bereits jetzt signalisiert, dass Lyss keine Diskussionsbereitschaft zeigt, könnte es in Zukunft vielleicht schwierig werden eine verträgliche Lösung zu finden. Zweitens kann sich die Fraktion SP/Grüne der Aussage, „die Gemeinde Lyss ist überhaupt nicht damit einverstanden, dass der Kanton beabsichtigt in Lyss ein grosses Bundesasylzentrum zu realisieren“ nicht anschliessen. Lyss ist eine grosse bernische Gemeinde mit Zentrumsfunktion. Darauf sind wir bei anderer Gelegenheit immer stolz. Mit dem Kasernenareal steht eine vermutlich geeignete Liegenschaft zur Verfügung. Es müssen also keine Steuergelder in einen Neubau auf der grünen Wiese investiert werden. Ausserdem hat die Gemeinde Lyss mit dem Durchgangszentrum bereits Erfahrung im Umgang mit Flüchtlingen gesammelt. Deshalb will sich die Fraktion SP/Grüne zum jetzigen Zeitpunkt nicht absolut gegen ein Bundesasylzentrum in Lyss aussprechen. Dazu kann sich die Fraktion SP/Grüne erst eine definitive Meinung bilden, wenn konkretere Pläne vorliegen. Einverstanden ist die Fraktion SP/Grüne mit dem Ziel des Postulats, zusammen mit der Lysser Bevölkerung, dem Kanton und dem Bund eine verträgliche Lösung zu finden. Der Fraktion SP/Grüne ist es wichtig, dass sich Lyss in Asylfragen auch in Zukunft solidarisch zeigt. Die Fraktion SP/Grüne wird das Postulat aus den vorher genannten Gründen mehrheitlich ablehnen. Jetzt noch etwas zum Schlusssatz „Das Postulat der BDP ist somit ein wichtiges Element, welches auch die Haltung des Parlaments und damit auch der dahinterstehenden Bevölkerung aufzeigt“: Über diesen Satz hat sich die Rednerin sehr aufgeregt, und zwar unabhängig vom eigentlichen Thema des Postulats. Es geht doch nicht, dass der GR dem Parlament quasi vorschreibt, welche Haltung es einzunehmen hat. Ein Parlament muss immer unabhängig von der Exekutive sein und seine Haltung steht erst nach der Parlamentsdebatte fest. Es steht dem GR nicht zu, in seinen Geschäften dem Parlament eine Haltung unterzuschieben, auch dann nicht, wenn diese scheinbar auf der Hand liegt. Die Rednerin bittet den GR dringend in Zukunft auf solche Formulierungen zu verzichten.



Hegg Andreas, Gemeindepräsident: Es ist Fakt und keine Verhandlungsfrage und das Asylzentrum ist vorhanden. Dieses geht nun an den Bund über und wird zu einem Bundesasylzentrum umfunktioniert. Ein Teil davon wird zu einem Ausreisezentrum umgebaut. So oder so wird die Gemeinde Lyss in den nächsten zwei bis drei Jahren einen Teil von einem Bundesasylzentrum haben. Gleichzeitig kommt die Gemeinde Lyss mit dem Waffenplatz auf den Sachplan Asyl. Sollte die Armee den Waffenplatz nicht mehr benötigen, wäre es möglich, dass ein zweiter Teil des Bundesasylzentrums realisiert wird. Somit hätte die Gemeinde Lyss plötzlich ein Ausreisezentrum sowie ein Verfahrenszentrum auf dem Waffenplatz. Die ganze Last des Kantons Bern müsste somit die Gemeinde Lyss tragen. Der GR will dies aber nicht. Die Gemeinde Lyss ist solidarisch und hat immer mitgeholfen. Momentan läuft es im Asylzentrum gut, trotzdem belastet es die Gemeinde Lyss. Die Gemeinde Lyss wird auch weiterhin solidarisch sein, helfen und die nötige Unterstützung bieten. Jedoch will die Gemeinde Lyss nicht die Last des ganzen Kantons Bern tragen. Der Redner fragt sich, wo die Solidarität von den Gemeinden Bern, Thun, Langenthal, Steffisburg, Münsingen usw. bleibt. Auch diese Gemeinden müssen mithelfen und ihren Beitrag leisten.

Meister Katrin, SP: Die Fraktion SP/Grüne ist ebenfalls nicht der Meinung, dass die Gemeinde Lyss die ganze Last des Kantons Bern alleine tragen muss. Auch die anderen Gemeinden im Kanton Bern sollen sich solidarisch zeigen und ihren Teil und Beitrag leisten. Die Fraktion SP/Grüne ist sich jedoch nicht sicher, ob bereits jetzt gesagt werden kann, dass das Kasernenareal nie zur Diskussion stehen wird und das bisherige Asylzentrum auf ewig bleibt wie es ist.

Hegg Andreas, Gemeindepräsident, FDP: Für den Redner ist es ein Märchen zu glauben, dass das bestehende Asylzentrum, welches nun ausgebaut wird, je einmal wieder geschlossen wird. Somit hätte die Gemeinde Lyss am Schluss zwei Asylzentren.



Beschluss 28 : 8 Stimmen

Der GGR erklärt das Postulat BDP „Ein Asylzentrum für Lyss ist genug“ erheblich.

Beilagen

Keine